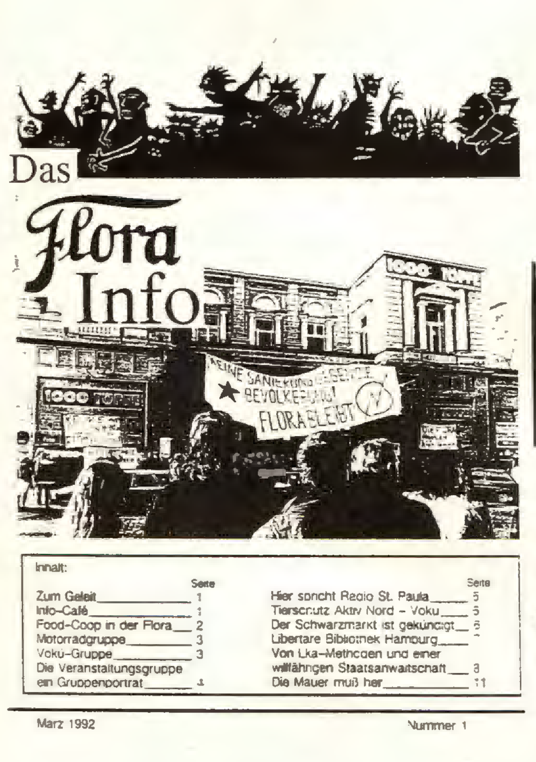


**info aus der roten flora**
**nr. 57**
**märz 1997**
**immer noch umsonst**

---

# 5 Jahre und kein bißchen Scheiße...




Inhalt:



März 1992 Nummer 1

kost nix

Das Flora Info

GUT, DASS DU MICH DARAN ERINNERST ZEIT ZUM VERWANDELN!

Nummer 11, Februar 1993

**SEIT 3 JAHREN KURZ VOR DER ERLEUCHTUNG**

März 95 Nr. 35 kostet nix

das info aus der roten flora



Nr. 26 • Mai '94 Das Info aus der Roten Flora





Diskurse für KopfarbeiterInnen




**Discrimination because of race, color, sex, religion or national origin is not permitted in any aspect of the operation of this Federal Outdoor Recreation Facility**




Temporary Autonomous Zone
Rote Flora, Hamburg

Schwerpunkt

# Türkei und Menschenrechte

Außerdem:

Prozesse – Lebenslang für Birgit Hogefeld
§ 129 a – Beugehaft gegen Ursel Quack
Kurdenverfolgung – „Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt"
Antifa – Polizeiübergriffe am 9. November
Internationales – Benjamin Ramos Vega
Hauptverhandungshaft – Der besondere Charme der Klassenjustiz

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141




1/97

Die neue Unzensiert ist da (nr.50 / März'97)

Schwerpunkt: Anti-AKW-Bewegung/Castor

Bestell-Adresse:

Unzensiert
c/o Infoladen
Südanlage 20 HH
35390 Gießen

Einzelheft: 5,50 DM
Abo: 25 DM (5 Ausgaben)
Knast-Abo: umsonst
(Bitte im Voraus in Scheinen od. Briefmarken zahlen)

UNZENSIERT







Was sie schon immer wissen wollten, aber sich nie zu fragen trauten, das offenbart ihnen dieser unverzichbare Film über das "how-to-do" und "who ist who" der "Dateninfobahn in Weltformat".

| | |
|---|---|
| Drehbuch: | institut für strapazierte Datennetze (ISDN) |
| Schnitt: | Knollenpetz |
| Maske | Hein Gericke (100% Baumwolle) |
| Musik: | Break-Dance |
| Spezial Guests: | FAG, Telekom, BKA, LKA uvm. |
| Regie | Please hold the line |
| Produktion | Virus Network |
| Verleih/Vertrieb | weltweit |
| Copyright | Jederzeit |

Begleiten sie uns auf einem Spaziergang zu den Schnittstellen der Informationsgesellschaft

Preis DM 20.– incl. Versand - nur Bargeld
Heidi Kabel
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt




**Wendländisches Tagungshaus**

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

**Eröffnung Ostern 1997**
**Voranmeldung ab sofort**

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein.schwarzer-hahn@metronet.de



★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997

## DAS VERLANGEN DER TAMILEN NACH EINEM GERECHTEN FRIEDEN

Seit mehreren Jahrzehnten tobt ein blutiger Krieg in Sri Lanka. In diesem Buch wird auf die Geschichte des tamilischen Volkes und die verschiedenen Dimensionen der rassistischen Unterdrückung durch die singhalesischen Machthaber eingegangen. Desweiteren werden die gewaltfreien politischen Kämpfe der bürgerlich-tamilischen Parteien, bis hin zur Entwicklung bewaffneter Widerstandsorganisationen, aufgezeigt.




Ein Exemplar 7 DM plus 3 DM Versandkosten fünf Exemplare 25 DM plus 6,90 DM Versandkosten. Bei größeren Mengen bitte nachfragen.

Bestellungen an:

Welt Tamilen Verein e.V
Postfach 56
73271 Holzmaden
Telefon: 02 09 / 7 69 56
Fax: 02 09 / 78 20 56

Nur gegen Vorauszahlung auf folgendes
Konto: 10350575
BLZ: 611 550 020
Kreissparkasse Kirchheim/Teck.

105. Seiten A5
(Der Bestellung bitte eine Kopie des Einzahlungsbelegs beifügen)

**Widerstand braucht Theorie...**

Wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes...

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

autonomer Infoladen
**Schwarzmarkt**
Kleiner Schäferkamp 46 - 20357 Hamburg - fon: 040/44 60 95 - fax: 040/41 08 122

**Öffnungszeiten:**
Mo - Fr: 14 - 19.30 Uhr
Do. FrauenLesbentag: 16 - 19 Uhr
Sa: 12 - 15 Uhr

**... und Praxis**

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

# Impressum

**Kontakt:** Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
**Redaktionsschluß:** ist in der Regel der 20. des Vormonats.
**Abos:** Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
**Spenden und andere Zuwendungen:** je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
**Eigentumsvorbehalt:** Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Nils Holgerssohn, Holländische Reihe 13, 22765 Hamburg

### Food Coop in der Flora

Treffen zur (Wieder-) Gründung einer Food-Coop am 20.3.97, 19 Uhr, in der Flora

Prosit, sehr geehrte Damen und Herren!
Nach einem arbeitsreichen Tag freuen wir uns nun, Ihnen unser 5jähriges Jubiläum als das einzig wahre, authentische und superplus autonome Info aus Roten Flora bekanntgeben zu können.
Geburtstagsgratifikationen, Lobeshymnen und andere geistvolle Präsente können bei der nebenstehenden Adresse abgegeben werden.

Mit feierlichen Grüßen,

die Redation der Zeck

## Inhalt im März:



## Ordner:

- Besonders hinweisen möchten wir auf einen Text einer „Gruppe von Prozeßbeobachterlnnen", der eine Antwort ist auf das Papier „Es reicht" (Zeck Nr. 55) und auf das Papier „Werner Hoppe im Gespräch mit Internationalstlnnen".
Die Gruppe schrieb uns dazu: „Bitte druckt das (Papier der Gruppe) auch nur ab, wenn ihr das Teil von Werner Hoppe auch abdruckt.(...) Ihr könnt auch gerne sowohl seins als auch unser Papier in den Ordner packen." Was wir hiermit tun.
Ansonsten im Ordner:
- Gruppe demontage zu 25 Jahre ak
- „Entenvieh macht auch Mist" (Komplett-Version)

### 2. Anarchistisches Sommercamp Hamburg

Wie schon 1995 findet wieder ein anarchistisches Sommercamp statt. Es wird von Freitag dem 25. Juli bis zum Sonntag dem 3. August stattfinden. Vor zwei Jahren waren mehr als 300 AnarchistInnen aller Generationen aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet und einigen Nachbarregionen gekommen.
Je nach persönlichen Möglichkeiten sollte die finanzielle Beteiligung zwischen 90 und 130 DM liegen. Organisiert wird das Camp dieses Jahr durch die „Libertäre Jugend Hamburg".
Obligatorische Anmeldung bis zum 12. Juli (spätestens!) bei dem

Zentrum der Libertären Jugend
Thadenstr. 118 (Kellereingang)
22767 Hamburg
e-mail: fauhh4 @ anarch.free.de

### FrauenLesben-Demonstration

am Internationalen FrauenLesbenkampftag, für Frauenbefreiung weltweit.
8. März 1997 um 11 Uhr Karl-Muck-Platz/ Gorch-Fock-Wall
Es gibt Gebärdendolmetscherinnen und einen Migrantinnen-Block
Abschlußkundgebung ca. 13 Uhr Gerhardt-Hauptmann-Platz

### Der große Preis im B-Movie

Uns erwartet ein Wiedersehen mit der Ratewand, drei sympathischen Kandidatlnnen, der Ziehung zu Gunsten der Aktion Sorgen Antifa mit Walter Spahrbier sowie natürlich Wim Thoelke und bekannten Pop- und Schlagerstars von Weltruf. Die einzig autorisierte Kartenvorverkaufsstelle ist der Kopierladen „Schanzenblitz" in der Bartelsstraße. Der Verkauf beginnt am 1. März, dort sind auch bereits Lotterie-Lose erhältlich.
Die eingespielte Summe wird für Prozeßkosten wegen der Hetendorf-Aktionen verwandt.
Nachfragen bitte über „Antifa Planten un Blomen", Fach im Schwarzmarkt.
Die Sendungen finden statt am
Montag, 10. März, und Donnerstag, 13. März, im B-Movie,Brigittenstr.5

### Punk-Konzerte in Norderstedt

Wishmopper und Pankzerkroiza Polpotkin: Sonntag 23. März
AAK, Heimatglück und Punkah Wallah: Antifa Soli Party, Samstag 5. April
Jeweils 19 Uhr, Soziales Zentrum Norderstedt, Ulzburger Straße 6a

Die Zeck ist Deine Lieblingslektüre?
Die Rote Flora findest Du richtig gut?
Du würdest gerne etwas (mehr) in Hamburgs wahlweise coolster Location oder autonomer pc-Zentrale machen?
Du agierst flexibel, innovativ und freundlich unter chaotischen und belastenden Arbeitsbedingungen, kannst Dich in Arbeitsteams einfügen, positives Betriebsklima ist Dir ein Fremdwort, das Unternehmensziel: revolutionäre Umwälzung aller herrschenden Verhältnisse spricht Dich an?
Dir kann geholfen werden: Die Gruppen der Montagsvokü und vom Samstagsfrühstück suchen Verstärkung.
Nur zu: Wir beißen nicht und wollen vor allem Spaß für alle Beteiligten ( aber der endet gewöhnlich da, wo es um die Prinzipien geht, für die die Flora bei uns immer noch steht).

Komm zu den Autonomen (kreative ReproduktionsarbeiterInnen)

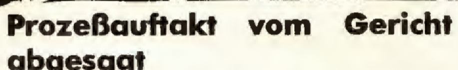
## Sofortige Freilassung von Róisín McAliskey

Aufgrund eines Auslieferungsantrags der BRD im Zusammenhang mit einem Angriff der IRA auf den britischen Militästützpunkt in Osnabrück vom Juni 1996 wird Róisín McAliskey, die im Fünften Monat schwanger und inzwischen aufgrund der fortgesetzten Inhaftierung schwer krank ist, weiterhin in Auslieferungshaft in London festgehalten. Die BRD-Behörden haben eine Freilassung auf Kaution bisher verhindert. Róisín muß dringend freigelassen werden, um eine angemessene medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Die 25 jährige Róisín McAliskey ist die Tochter der auch in der BRD bekannten Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Bernadette McAliskey. Róisín selbst ist Absolventin der Belfaster Universität und in Community-Gruppen aktiv.

Róisín wurde am 20. November 1996 in ihrem Haus von der nordirischen Polizei RUC festgenommen und in das Verhörzentrum Castlereagh in Belfast gebracht. Dort wurde sie z.T. 15 Stunden am Tag verhört, ihr wurde der Schlaf entzogen und sowohl dem Hausarzt als auch den Familienangehörigen wurde der Zutritt verweigert. Nach sechstägigem Verhör wurde keine Anschuldigung gegen sie erhoben.

Aufgrund eines Auslieferungsantrags der BRD-Behörden wurde Róisín McAliskey am 26. November nach London geflogen und in Auslieferungshaft genommen. Ein Polizeiarzt zeigte sich über ihre gesundheitliche Situation besorgt und sagte, daß sie in eine Entbindungsstation verlegt werden solle. Trotzdem wurde sie in den Londoner Frauenknast Holloway gesperrt, wo sie in Isolationshaft saß, ununterbrochen künstlichem Licht ausgestzt war und benötigte Medikamente nur mit Verzögerung erhielt. Erst über eine Woche nach der ursprünglichen Festnahme konnten Familienangehörige sie hier das erste Mal besuchen. Dringend notwendige vorgeburtliche Untersuchungen wurden ihr jedoch weiterhin verweigert. Ohne Benachrichtigung ihrer Angehörigen oder ihrer Anwältin wurde Róisín McAliskey dann am 30. November in den Männerknast Belmarsh verlegt, in dem es keinerlei Einrichtungen für gefangene Frauen gibt. Hier wurde sie 24 Stunden am Tag in einer verdreckten Zelle ohne Heizung eingesperrt und erhielt z.T einen ganzen Tag lang nichts zu essen. Ein Gefängnisarzt stellte fest, daß sie über keine weiteren Nahrungsreserven für die Schwangerschaft verfügt. Er forderte eine ununterbrochene medizinische Überwachung sowie weitere medizinische Untersuchungen. Zwar ist Róisín seitdem wieder im Frauenknast Holloway, doch hat sich ihr Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Sie ist weiterhin in Isolationshaft, wird auf dem Weg zum Gericht nacktdurchsucht und hat keinen Zugang zu Tageslicht.



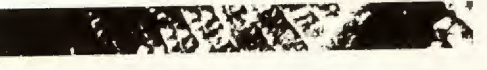
## Prozeßauftakt vom Gericht abgesagt

Der Prozeß gegen Claus, der am 7.2. vor dem Hamburger Amtsgericht beginnen sollte, ist vom zuständigen Richter wenige Stunden vor dem angesetzten Termin telefonisch abgesagt worden. Claus wird in der Anklage „Gefährliche Körperverletzung" vorgeworfen, am 16.6.95 bei einer Demo in Hamburg gegen die bundesweiten Razzien vom 13.6. Polizisten angegriffen zu haben.

Dem zuständigen Richter ist am Tag vor Prozeßbeginn von den Bullen mitgeteilt worden, daß er sich doch auf ein größeres öffentliches Interesse vorbereiten solle und man müßte doch noch besondere „Sicherungsmaßnahmen" absprechen. Daraufhin scheint der besagte Richter erst begriffen zu haben, was für ein Prozeß da auf ihn zukommt. Jetzt wird zwischen den zuständigen Gerichten versucht, den Prozeß gegen Claus mit dem gegen Gunnar (Anlaß ist dieselbe Demo, bzw. Prügelorgie der Bullen vor der Flora am 16.6.95) wegen Landfriedensbruchs zusammenzulegen. (...)

Bis jetzt ist eine neue Terminplanung nicht abzusehen. Achtet bitte auf entsprechende Veröffentlichungen

*Prozeßgruppe 16.6.*



## Razzia wegen TierbefreierInnen

Am 12.2. durchsuchte die Kripo die Wohnungen zweier angeblicher Mitglieder des „Bundesverbandes der TierbefreierInnen". Sie sollen am 8.12.96 Buttersäure in Wandsbeker Geschäfte gespritzt und in einem Pelzgeschäft 15000 DM Schaden verursacht haben. Die Bullen beschlagnahmten Kleidung und ein Fahrrad, beides sei bei dem Anschlag verwendet worden, so die Bullen.

## Graue Wölfe mordeten

Am Montag dem 3.2.97 wurde in Kiel Ercan Alkaya, Mitglied des örtlichen Alevitischen Kulturvereins, auf offener Straße von einem Mitglied der „Grauen Wölfe" ermordet.

Am 7.2. nahmen mehrere Tausend Menschen an einer aus diesem Grund organisierten Demonstration in Kiel teil.



## Razzia wegen Interim

Am 13.2. durchsuchten die Bullen den „Buchladen in der Osterstraße" und die Wohnung des Geschäftsführers auf der Suche nach der Interim Nummer 399. Grund: In der Ausgabe sei „eine Anleitung zur Herstellung von Brandsätzen enthalten" gewesen.

Die Interim war aber schon ausverkauft...

## Fall Bankole: Geringe Schuld von Flughafenarzt

Der Prozeß gegen einen wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagten Flughafenarzt wurde am 4. Februar vom Frankfurter Amtsgericht wegen geringer Schuld des Angeklagten eingestellt. Dem Arzt war vorgeworfen worden, keine geeigneten Wiederbelebungsmaßnahmen ergriffen zu haben, als der 30jährige Nigerianer Kola Bankole nach der Verabreichung zweier Beruhigungsspritzen im Flugzeug tot zusammengebrochen war. Bankole sollte am 30. August 1994 vom Rhein-Main-Flughafen aus nach Nigeria abgeschoben werden, wehrte sich jedoch heftig und bekam darauf hochwirksame Beruhigungsmittel gespritzt.

Der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main wurden nach dem Tod des Nigerianers von mehreren Seiten einseitige Ermittlungen vorgeworfen. Vorschnell habe sie sich darauf festgelegt, daß Bankole eine dem BGS und dem Arzt nicht bekannte Herzkrankheit gehabt habe und an durch die Beruhigungsmittel untersützten Herzversagen gestorben sei, kritisierte seinerzeit der Verein demokratischer ÄrztInnen. Zeugen hatten gesehen, daß der Nigerianer von BGS-Beamten geschlagen, mit einem Mund-Nasen-Pflaster und Klebeband geknebelt und in Hockstellung gefesselt worden war. Dann habe er die Beruhigungsspritzen erhalten. Nach Ansicht verschiedener Ärztevereine starb Bankole nicht an Herzversagen, sondern erstickte an der BGS-Knebelung.

Nachdem bereits die Ermittlungen gegen die Beamten des BGS eingestellt worden waren, begründete die Richterin das Urteil gegen den Arzt damit, daß die Verantwortung für die Abschiebung beim BGS gelegen habe und eine alleinige Verurteilung des Arztes „sachfremd und ungerecht" sei. Dem Flughafenarzt wurde auferlegt, 5000 DM an amnesty international zu zahlen.



## Flucht geglückt

Am 22.2. gelang vier Abschiebehäftlingen die Flucht aus dem Hamburger Abschiebeknast Glasmoor. Trotz sofort eingeleiteter Großfahndung konnten die Bullen erfreu-licherweise niemanden gefangen-nehmen.

Weiterhin finden die „Sonntagsspaziergänge" zum Abschiebeknast statt an jedem 1. und 3. Sonntag im Monat. Treffpunkt 14 Uhr „Haus für Alle" Amandastr. 58 (Hamburg), 15 Uhr Am Glasmoor, Norderstedt



# Ist der Castor nun da? Oder nicht?

Wie auch immer, wenn diese Zeitung fertig ist, ihr sie in Händen haltet, ist die „Schlacht" geschlagen. Vorläufig. Der Castor dürfte jetzt im Lager sein, so vermuten wir. Und dennoch: Die „Anti-Castor-Bewegung" ist ein voller Erfolg. Wann finden unsere Aktionen und durchaus auch z.Teil unsere Inhalte solch ein breites Gehör?
Auch die auf diesen Seiten dokumentierten Aktionen wurden von den (bürgerlichen) Medien ausführlich dokumentiert. So war denn zu lesen, daß durch den Anschlag auf die Achszählgeräte in Rahlstedt (s.u.) die Schranken zweier Bahnübergänge nicht geschlossen werden konnten. Bahn-Sprecher H.Kujawa laut Mopo: „Die Zugführer wurden sofort (nach Meldung des Schadens durch den Computer, d.Setzer) angewiesen, vor den Übergängen zu stoppen und sie nur im Schrittempo zu passieren". Kurz nach den Sabotageaktionen wäre der Verkehr an den Übergängen dann durch Bahnpersonal geregelt worden.
Am selben Morgen zwischen 7 und 8.00 Uhr wurden an zahlreichen HamburgerAmpelanlagen die Schaltkästen von beherzten Menschen geöffnet und die Ampeln ausgeschaltet. Auf den Kästen wurden Parolen gegen den Castor hinterlassen. Leider wurden zwei Menschen von Zivis festgenommen unter dem Vorwurf, an dieser effektiven Aktion beteiligt gewesen zu sein. Nach einer ED-Behandlung wurden sie gegen 15.00 Uhr wieder freigelassen.
In der Nacht vom 24. auf den 25.2. gab es bundesweit acht (!) Hakenkrallen-Anschläge auf Oberleitungen der Bundesbahn.
Der Widerstand wächst. Über kurz oder lang werden die Castor-Tansporte ins Wendland eingestellt werden müssen. Ob es gelingt, den Widerstand thematisch auszuweiten auf mehr als nur „Anti-Castor" wird die entscheidende Frage....



**Dokumentation**

## Den Atomstaat und seine kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Wurzeln angreifen!!!

**Kampf gegen den Castor heißt Kampf gegen die herrschende Ordnung!!!**

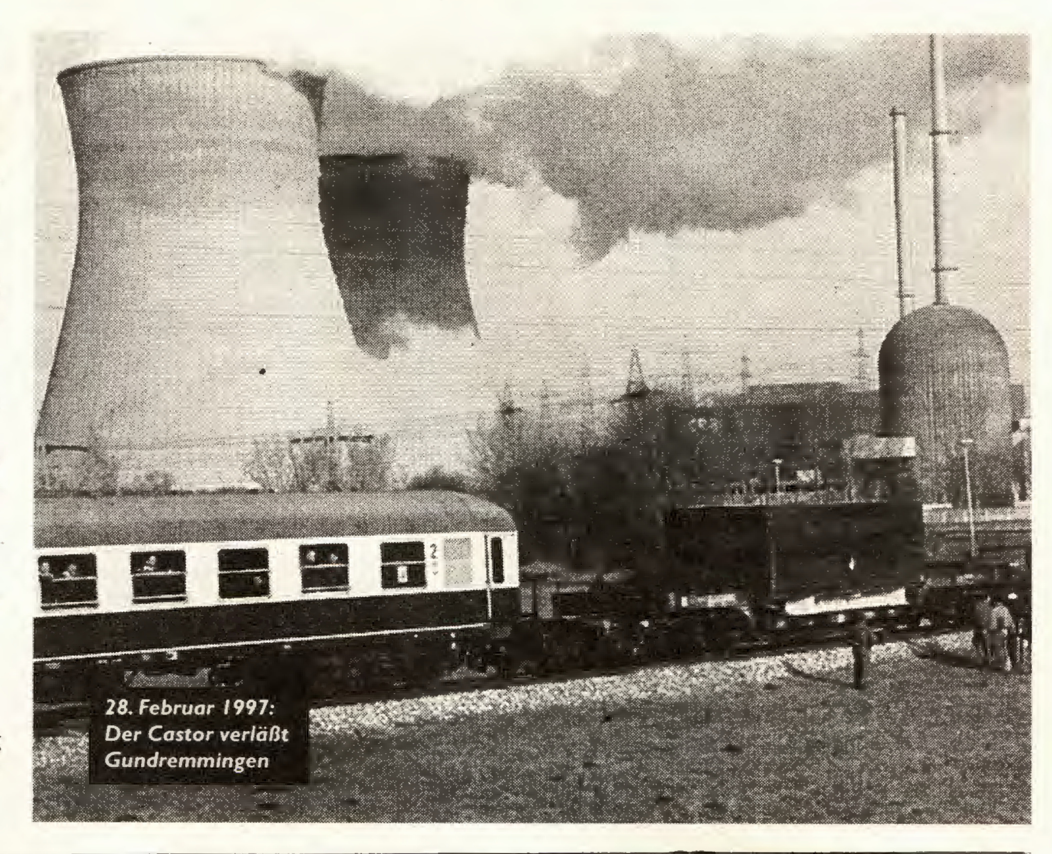
Wir haben in der Nacht zum 18.2.97 Geschäftsräume der HEW (Osterstr., 20259 HH), der DRESDNER BANK (Oberstr.88, 20149 HH) und der DEUTSCHEN BAHN AG (Museumstr.39, 22765 HH) entglast und mit Farbe eingedeckt! Sie sind Teil der Verflechtung von Privatwirtschaft, Politik, Militär, Polizei, Kontrollgremien und Aufsichtsbehörden im Atomstaat BRD.

Die HAMBURGER ELEKTRIZITÄTSWERKE (HEW) gehören zu den acht größten Energieversorgungsunternehmen (EVU) der BRD und liefern jährlich 15 Mio. Kilowattstunden Strom; davon zeitweise bis zu 80% aus den von ihr betriebenen AKWs Brokdorf, Brunsbüttel, Stade und Krümmel. Skrupellos werden im Sinne der Profitmaximierung veraltete Techniken (Schweißnähte, Druckbehälter) eingesetzt, dafür Abnahmezeugnisse und Überwachungspläne zusammen mit dem TÜV gefälscht und zunehmende Leukämieraten ignoriert. Außerdem ist die HEW über die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) an den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie der „Entsorgung" aller dt. AKWs beteiligt. In Zukunft wird auch die Ausdehnung des Geschäfts auf Osteuropa und den Trikont angestrebt.
Die DRESDNER BANK ist eine der führenden KreditgeberInnen für das Stromkartell und damit maßgeblich an der Durchsetzung der Atomenergie beteiligt. Neben finanziellen Interessen (Kreditaufzeiten) ist das Unternehmen auch an den drei größten EVUs RWE (27,6%), VEBA (22,8%) und VIAG (2,4%) beteiligt und sitzt im Dt. Atomforum. Im Wechsel mit der Dt. Bank stellt sie den Aufsichtsrat der RWE. Billigstrom für die Großindustrie, Blockade alternativer Energieformen und die Ausdehnung des Kraftwerkstandorts Europa sind Grundzüge der Firmenpolitik.
Beide Unternehmen verdanken Fundamente ihrer jetzigen Macht dem Nationalsozialismus: umfangreiche Zwangsarisierungen vergrößerten die Dresdner Bank, während die HEW als „Kriegsmusterbetrieb" Häftlinge aus den KZs Neuengamme und dem Außenlager Alt-Garge beim Bau der Kraftwerke Ost-Hannover und Neuhof einsetzte und den

ZwangsarbeiterInnen noch bis in die 90er-Jahre „Entschädigungszahlungen“ verweigert. Die DEUTSCHE BAHN AG schafft mit ihren Transporten von Castorbehältern, Brennelementen und Uranvorräten erst die Vorraussetzungen für das Funktionieren des atomaren Geschäfts. Das extrem hohe Risikopotential und die ständige Strahlenbelastung wird ignoriert.
Außerdem ist die Deutsche Bahn AG Miteigentümerin von Atomanlagen (z..B. 18,2% am AKW Neckarwestheim).

Laßt uns die Verfilzung an allen Ecken aufdecken und angreifen!!
Gegen die menschenverachtende Politik von Staat und Wirtschaft - für einen lebendigen und militanten Widerstand!
Demonstriert, blockiert, sabotiert in Hamburg und im Wendland!
Laßt es krachen und klirren - lohnende Ziele gibt es überall!!
Spuckt der Atommafia in die Suppe!

Linksradikaler Arbeitskreis für die Stillegung aller Atomanlagen und der HERRschenden Klasse


*28. Februar 1997: Der Castor verläßt Gundremmingen*

---

**Dokumentation**

## Pressemitteilung zur Sabotageaktion an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck am 27.2.1997

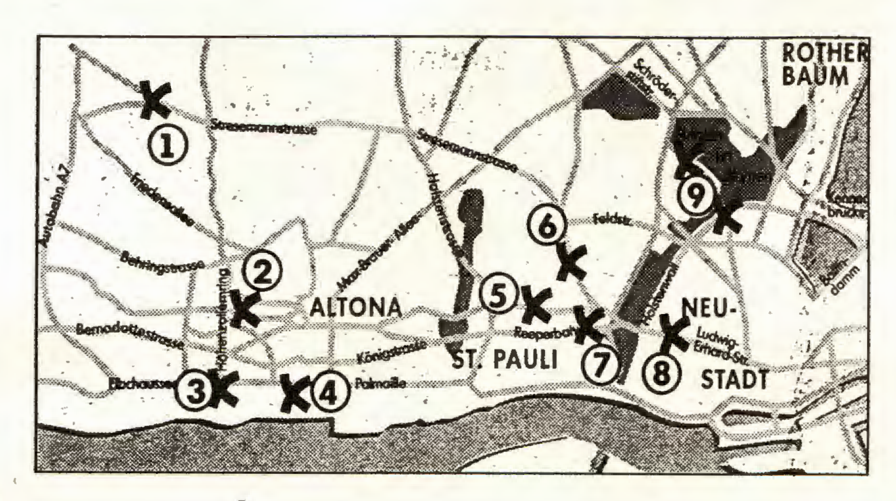
„Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, ganz unten steht das Flugblattverteilen und ganz oben die bewaffnete Aktion. Ein Denken in hierarchischen Kategorien sieht Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Leistung und bleibt so einem patriarchalisch/kapitalistischen Denken verhaftet. Die Überwindung legaler Strukturen und legalistischem Denken ist die Vorrausstzung der Entwicklung einen freien Gesellschaft.“ (Revolutionäre Zellen, 1980 zum subversiven Kampf in der Anti-AKW-Bewegung)

Heute morgen wurden von uns an der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck zwischen Rahlstedt und Ahrensburg in beiden Fahrtrichtungen mehrere Achszählgeräte der Deutschen Bahn zerstört. Wir hoffen, daß mit dieser Aktion, die zu keinem Zeitpunkt Leben oder Gesundheit von Bahnpersonal oder Fahrgästen gefährdete, der Fahrplan der DB ein wenig durcheinandergeraten ist. Unsere Initiative ist bestimmt als Teil der Mobilisierung gegen den dritten Castortransport nach Gorleben Anfang März. Auch wenn wir uns heute auf die DB als Angriffsziel beschränkt haben, begrüßen wir doch die sich im letzten Jahr verstärkt abzeichnende Tendenz, den Kampf über das Problem der Lagerung und des Transports von Atommüll hinaus auszuweiten und andere Facetten des Atomprogramms zu thematisieren und anzugreifen, was sich z.B. in der Demonstration und den Aktionen gegen das Firmenjubiläum von Siemens ausdrückte. Sehr erfreulich wäre es auch, wenn sich die durch die Springerpresse verbreitete Meldung bestätigen würde, daß der BGS (Bundesgrenzschutz) sich um die Effektivität der Grenzkontrolle an der Oder Sorgen macht, da ein großer Teil der Schergen mitsamt Nachtsichtgeräten und Hubschraubern in der ersten Märzwoche im Wendland zum Einsatz kommen wird. Noch erfreulicher wäre es natürlich die hiesige Restlinke würde auch mal eine annähernd große Mobilisierung für offene Grenzen zustande bringen - oder daß zumindest ein Teil der BGS-Schergen und ihres Geräts nicht unversehrt zu ihrer Drecksarbeit zurückkehren können.
In diesem Sinne wünschen wir allen, die sich in den nächsten Tagen am Widerstand gegen den Castortransport beteiligen, viel Glück und viel Erfolg.

Auf daß es der letzte Transport nach Gorleben wird...

Revolutionäre Gruppe Wasserkante, Hamburg 27.2.97

P.S.: Liebe Grüße an die „Flammenden Herzen“ und vielen Dank für das in der „Radikal“ abgedruckte Hintergrundwissen zu den Achszählgeräten....



# Auch Entenvieh macht Mist

## Erste Anklage in Sachen radikal

Im Januar fanden 4 angebliche Mitarbeiter der radikal ihre Anklageschrift im Briefkasten. Wir gehen davon aus, daß der Prozeß in absehbarer Zeit in Koblenz beginnen wird.

Auch bei uns haben nur wenige den rechten Überblick, wo überall Staatsanwaltschaften und Justiz etwas gegen die *kriminelle Vereinigung radikal* zusammenbrauen. Deshalb werden wir diesen Text damit beginnen, daß wir einen Gang durch den Dschungel der Durchsuchungen und Verfahren schlagen, um etwas Struktur in die verworrene Lage zu bringen.

Im zweiten Teil informieren wir über die erste Anklage, über die konkreten Vorwürfe. Wir gehen auf die Folgen ein, die sich aus den Verfahren und den beabsichtigten Urteilen ergeben würden.

Im dritten Teil lassen wir den Ankläger selbst sprechen. Er redet - gestützt auf BKA-Auswertungen -über das konspirative Innenleben und die Organisierung der radikal, und mit diesem Bild einer *kriminellen Vereinigung* werden wir während des Prozesses konfrontiert werden.

Das folgende ist trockene Kost, was allerdings am Thema liegt:

### Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren

Eine Chronologie der Durchsuchungen und Verfahren:

—► am 13.6.95 an 55 Orten in 10 Städten wegen KOMITEE, AIZ, RAF und radikal.

—► am 14.12.95 in Dresden, auf der Suche nach Verantwortlichen für den angeblichen Verkauf bzw. "das Verleihen" der radikal in einem Infoladen. Verdacht auf *Werbung für eine terroristische Vereinigung*.

—► am 19.12.95 in Oldenburg, Bremen, Kiel, Münster und Braunschweig, wo gegen vermeintliche Kontaktadressen und eine Druckerei der radikal-Struktur vorgegangen wurde. Verfahren wegen *Unterstützung* sowie *Mitgliedschaft* in der radikal.

—► am 17.7.96 in Flensburg, Hamburg, Buxtehude, Speyer, Mannheim und Ludwigshafen. Verfahren gegen 4 Leute wegen *Unterstützung* der radikal, weil sie sie verteilt bzw. abonniert hätten.

—► im Herbst 1996 in Karlsruhe gegen zwei Verantwortliche eines Buchladens, wo die radikal verkauft worden sein soll. Vorwurf: *Unterstützung*

—► am 11.12.96 in Vaals (Niederlande) und in Aachen gegen ein angebliches *Mitglied* der radikal. Die Durchsuchung sorgte in den Niederlanden nachträglich für einigen Skandal.

—► am 30.1.97 in Berlin gegen 3 angebliche *Mitglieder* der radikal. Einer davon ist Redakteur der linken Tageszeitung 'Junge Welt'.

Für all diese - unvollständig aufgelisteten - Überfälle und die zugrundeliegenden Verfahren ist die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe verantwortlich.

Den Durchsuchungen vom 13.6.95 lagen diverse Ermittlungsverfahren und Haftbefehle gegen 7 Leute zugrunde. Sie lauteten auf *Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal, Werbung für terroristische Vereinigung* und anderes.

Der Ursprung der radikal-Verfahren liegt in einem Haus in der Eifel, das verwanzt war und monatelang vom LKA Rheinland-Pfalz abgehört wurde. Dabei sollten Erkenntnisse über die Illegalen der RAF rausspringen, indem man Leute bespitzelte, die sie *RAF-Umfeld* nennen. Stattdessen wollen sie an einem Wochenende im September 1993 das Treffen eines überregionalen radikal-Gremiums belauscht haben. Die abgehörten Gespräche protokollierten sie wortwörtlich auf 700 Seiten.

In den folgenden Monaten ordneten sie 7 Leute diesem Treffen zu. Sie wurden über ein Jahr observiert und belauscht, ihre Kontakte wurden durchgecheckt und dabei weitere Verfahren eingeleitet.

Am 13.6.95 griffen sie zu. Bei den Durchsuchungen wurde Material beschlagnahmt, das sie als internen Schriftverkehr der radikal bezeichnen, und aufgrund dessen sie noch einen Haftbefehl ausstellten, weitere Verfahren einleiteten, sowie am 19.12.95 erneut in 5 Städten durchsuchten. Auch hier wollen sie auf internen Schriftverkehr gestoßen sein. Alle folgenden Durchsuchungen und Verfahren begründeten sie mit Funden vom 13.6. und 19.12.95.

Von den insgesamt 8 mit Haftbefehl gesuchten Leuten tauchten 4 unter, während die 4 anderen für ein halbes Jahr eingelocht wurden. Kurz nach ihrer Entlassung im Dezember 95 gab die Bundesanwaltschaft (BAW) ihr Verfahren an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Koblenz ab. Im Abschlußbericht der BAW hieß es unter anderem, daß der Anfangsverdacht, die 4 hätten *terroristische Vereinigungen unterstützt* (also nicht nur für sie geworben) durch die weiteren Ermittlungen nicht bestätigt werden konnte.

Die Koblenzer Verantwortlichen sind: Oberstaatsanwalt Knieling und der Vorsitzende des 2.Strafsenats am Oberlandesgericht (OLG) Dr.Vonnahme.

Die 4 Abgetauchten stellten sich im Laufe des letzten Jahres, wobei einer für knapp drei Monate eingelocht wurde. Ihm und einem anderen wird nicht nur die Mitwirkung an den radikal-Ausgaben 148-152 zwischen September 93 (Lauschangriff in der Eifel) bis zu den Razzien am 13.6.95 angelastet, sondern auch die Nr.153 und 154, die später erschienen, und an deren Erstellung bzw. Logistik sie sich mit beipielhafter krimineller Energie auch auf der Flucht beteiligt hätten. Gegen einen lief bis kurz vor seiner Rückkehr auch ein Verfahren wegen AIZ, das aber eingestellt wurde.

Auch das Verfahren gegen diese 4 wurde von Hofmann (BAW) abgegeben, diesmal an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Düsseldorf. Abgegeben wurde auch das Verfahren gegen eine Frau, gegen die - zwar ohne Haftbefehl - ebenfalls wegen *Mitgliedschaft in der radikal* ermittelt wird und wegen AIZ ermittelt wurde.

(AIZ-Verfahren liefen gegen über ein Dutzend Leute, wovon einige mitlerweile eingestellt sind.)

Verantwortlich für die seit November 96 in Düsseldorf weiterlaufenden Ermittlungen ist Oberstaatsanwalt Bien. Inzwischen wurden die Ermittlungsakten den 5 Beschuldigten weitgehend zugestellt, wobei es sich auch hier, wie bei den Koblenzer 4, um einen Berg von um die 100 Akten handelt. Wann Anklage erhoben wird, ist unklar.

Über die Gründe, warum Verfahren mit gleichlautenden Vorwürfen aufgetrennt und vor verschiedenen OLGs verhandelt werden sollen, läßt sich spekulieren. Die BAW hätte auch nach Celle, Bremen, Hamburg, Berlin oder ein anderes Bundesland abgeben können, da sich die Straftaten in verschiedenen Bundesländern abgespielt haben sollen und entsprechend die jeweiligen OLGs zuständig gemacht werden können.

Auch ohne zu spekulieren läßt sich allerdings feststellen, daß so zweimal die Chance besteht, ein für die BAW genehmes Urteil zu bekommen. Es geht ja darum, eine vermeintliche Redaktion und angebliche UnterstützerInnen pauschal als *kriminelle Vereinigung* (Par.129) zu verurteilen, was in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte eine Neuigkeit wäre. Scheitert das womöglich im Prozeß gegen die 4 in Koblenz, gelingt es womöglich in Düsseldorf, zumal ein zweiter Prozeß in der Regel weit weniger Beachtung und damit Öffentlichkeit findet als der erste.

Unabhängig der Koblenzer 4 und Düsseldorfer 5 sitzt die BAW auf diversen anderen radikal-Ermittlungsverfahren. Gegen weitere 9 Leute aus 5 Städten wird ebenfalls wegen *Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal, Werbung für terroristische Vereinigungen* u.a. ermittelt, was insgesamt also 18 Leuten vorgeworfen wird. Ermittelt wird außerdem gegen mindestens 16 Leute aus 8 Städten wegen *Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal.* Insgesamt laufen also 34 radikal-Verfahren, von denen wir wissen.

Während ersteren die direkte Zugehörigkeit und Beteiligung an der radikal-Struktur vorgeworfen wird, sollen letztere sie unterstützt haben, indem sie beispielsweise ihre Adresse für Briefkontakte zur Verfügung stellten, die radikal verteilten oder auch nur über ihre Homepage einen Hinweis (Link) darauf legten, wo die radikal im Internet eingesehen werden kann. Wegen diesem Vorwurf wird Angela Marquardt, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der PDS, in Berlin angeklagt. Ihr Prozeß wird vermutlich im Juni beginnen.

Anmerkung:
Im Herbst 1996 startete die BAW den Versuch, die über den niederländischen Anbieter 'xs4all' (sprich: Access for all, Zugang für alle) ins Internet eingespeisten radikal-Seiten zu isolieren. Sie schickte dem Verein der deutschen Anbieter (Provider) ICTF einen Drohbrief, demzufolge sie Beihilfe für Straftaten begehen würden, wenn sie nicht dafür sorgen, daß die radikal-Seiten von Deutschland aus nicht mehr abgerufen werden können. Die aufstrebenden Jungunternehmer vom ICTF reagierten, wie es deutsche aufgeklärte Jungunternehmer nunmal tun: mit Selbstzensur. Das heißt Sperrung der über Deutschland abrufbaren radikal-Seiten (z.B. des Links auf der Homepage von Angela Marquardt), und als dies nichts half, mit einer kompletten Blockade von 'xs4all'.
Aber auch das ging in die Hose. Nicht zuletzt wegen der Hartnäckigkeit von 'xs4all' entwickelte sich die Angelegenheit zum Bumerang für die deutschen Provider und die BAW. Die beabsichtigte Zensur im Internet stieß auf weltweite Beachtung und Solidarität. Die amerikanische EFF, angesehene Pioniere des Internet, lösten den "weltweit, dringenden Zensur-Alarm" aus, woraufhin die radikal-Seiten innerhalb weniger Tage von Providern in Kanada, USA, Japan u.a. gespiegelt, d.h. kopiert wurden. Im Netz gab es viele Diskussionen, wie die Zensur zu umgehen sei. Heute existieren im Internet weltweit 8000 Archive, in denen die radikal-Seiten zu finden sind, und allein bei 'xs4all' werden sie monatlich 3-4000 mal abgerufen. Selbst über den 'Spiegel-Online' landet man mit zwei Mouseklicks auf den radikal-Seiten.



Was die BAW mit diesen Verfahren anzufangen gedenkt, weiß sie vielleicht selbst noch nicht genau. Tatsache ist, daß Ermittlungen nach den Paragrafen 129 (hier: *Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung*) und 129a (hier: *Werbung für terroristische Vereinigungen*) besondere polizeiliche Maßnahmen ermöglichen, wie Abhörmaßnahmen, Observationen oder das Datenzapfen bei anderen Behörden und Versorgungsunternehmen.

Tatsache ist auch, daß solche Verfahren für die Betroffenen mehr oder minder Streß bedeuten, da sie ständig mit Überwachung und Lauscherei rechnen müssen ohne gleichzeitig zu wissen, was ihnen konkret vorgeworfen wird. Wenn die Ermittlungen irgendwann eingestellt werden, also keine Anklage und kein Prozeß folgt, werden sie nie Akteneinsicht erhalten und nie erfahren, aufgrund welcher Behauptungen sie und ihr Umfeld ausgeschnüffelt wurden. Dann wird es heißen, *der Verdacht konnte nicht oder nur ungenügend bestätigt werden* (oder so ähnlich), aber gewisse Dienste werden ihre während der Ermittungen gewonnenen Erkenntnisse wohl kaum auf den Müll schmeißen..

Möglich ist auch, daß die BAW diese Verfahren am laufen hält bis in Koblenz und/oder Düsseldorf das Urteil gesprochen wurde. Wird die radikal dort als *kriminelle Vereinigung* denunziert, könnten weitere Mitglieder, Unterstützerinnen und Handverkäufer pauschal abgeurteilt werden. Eine Prozeßlawine ohne Ende wäre möglich. Besonders da Hofmann (BAW) diesen Fall mit bissigem Elan verfolgt und ihn als Sprungbrett für Karrieregelüste zu nutzen versucht.




## Die Vorwürfe in der Koblenzer Anklage

Jetzt zur ersten Anklage in Koblenz.

Das folgende ist sicher kein Krimi in Prosa und wird für die meisten, die sich mit dem Mist nicht schon mal rumschlagen mußten, nicht leicht zu verstehen sein. Aber wir bemühen uns. Unseres Erachtens darf die Juristerei in politischen Verfahren nicht vernachlässigt werden (was nicht heißt, daß man alles darauf bauen sollte), und in diese Maschine können über kurz oder lang alle geraten, die Widerstand leisten. Also sollten sich auch alle ein bißchen auskennen.

Wie bereits erwähnt rechnen wir mit Prozeßbeginn ab Sommer. Angeklagt sind Rainer Paddenberg aus Münster, Andreas Eheresmann und Ralf Milbrandt aus Hamburg und Werner Konnerth aus Berlin. Die 4 saßen von Juni bis Dezember 95 im Knast.

Sie sollen folgende krimelle Handlungen begangen haben:

*1. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Par.129),*

wobei einer der 4 als Rädelsführer eingestuft wird. Das Ziel dieser Organisation bestehe darin, Straftaten zu begehen. Die Straftaten bestehen darin, in verschiedenen radikal-Ausgaben zu eben Straftaten aufgefordert, sie gebilligt und dazu angeleitet, sowie für terroristische Vereinigungen geworben zu haben.

Das will sagen: die radikal ist deshalb eine kriminelle Organisation, weil sie Straftaten begeht, indem sie über Straftaten schreibt, diese dokumentiert, darüber diskutiert. Das Verbrechen besteht darin, Gesetzesbrüche öffentlich zu befürworten und Tips dafür zu geben. Oder nochmal umgangssprachlicher: Wer sagt und schreibt, daß für ihn oder sie das geltende Recht beziehungsweise staatliche Gewaltmonopol nicht bindend ist und gar zu Gesetzesbrüchen aufruft, begeht ein Verbrechen.

Im dritten Teil gehen wir ausführlicher auf ihre Definition dieser kriminellen Vereinigung ein.

*2. Presseinhaltsdelikte*

sind Verbrechen, die sich aus dem Inhalt und dessen Veröffentlichung in einer Zeitung ergeben. In Artikel 5 der Verfassung werden Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit zwar garantiert, gleichzeitig aber durch andere Gesetze außer Kraft gesetzt. Beispielsweise durch den Jugendschutz und das Strafgesetzbuch.

Im einzelnen sollen die radikal Nr.148-152 folgende Presseinhaltsdelikte enthalten:

*2.1. Unterstützung für terroristische Vereinigungen (Par.129a) in 5 Fällen.*

(Dieser Vorwurf steht im Widerspruch zu den Vorgaben der BAW bei der Verfahrensabgabe. Wir gehen davon aus, daß statt *Unterstützung* nur *Werbung für terroristische Vereinigungen* verhandelt wird, zumal Staatsanwalt Knieling zu erkennen gab, daß ihm hier eine peinliche Verwechslung der Begriffe unterlaufen ist.)

Inhaltlich geht es um einen Absatz zur niederschmetternden Erkenntnis, daß der Knast-Neubau in Weiterstadt nicht mehr steht. Dadurch soll die RAF *propagandistisch gestärkt* worden sein. Ebenso gestärkt worden sein sollen die AIZ (zweimal), die Rote Zora und eine RZ durch die Veröffentlichung von Aktionserklärungen.

Es soll *allgemeinkundig* sein, daß es sich bei diesen Gruppen um terroristische Vereinigungen handelt. Ob das reicht, bzw. ob ein Staatsanwalt darüber entscheiden kann, was *Allgemeinkunde* zu sein hat, wird im Prozeß geklärt werden müssen. Entscheidender scheint eher, ob eine Gruppe als terroristisch *gerichtsbekannt* ist, also ob schonmal Leute mit dem 129a verurteilt wurden, wie Gefangene aus der RAF, IRA und PKK.

Die AIZ beispielsweise sind als terroristische Vereinigung nicht *gerichtsbekannt*, weil noch niemand deswegen verurteilt wurde. Derzeit sitzen zwei Männer, die sie den AIZ zuordnen, im Knast. Nach ihren eigenen

Gesetzen brauchen sie aber mindestens drei Leute für eine terroristische Vereinigung, und weil sie das Gesetz auf die Schnelle nicht ändern können, suchen die Büttel derzeit krampfhaft nach einem oder einer Dritten, um ihre Vereinigung AIZ daraus zu basteln.

Scheinbar weiß auch Oberstaatsanwalt Knieling aus Koblenz, daß er mit seinen *allgemeinkundigen* Vereinigungen auf dünnem Eis wandelt. Die BAW, der Beißverein, hätte gerne auch das KOMITEE und die 'revolutionären Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen', (die die Druckerei der neurechten 'Junge Freiheit' abfackelten) zur terroristi schen Vereinigung erklärt, was Knieling scheinbar als zu gewagt verwarf.

## 2.2. Billigung von Straftaten in 19 Fällen (Par.140)

In allen Fällen geht es um den Abdruck von Aktionserklärungen. Ob kommentiert oder nicht, *"aus der Art der Veröffentlichung, insbesondere der Vielzahl dieser Textbeiträge, ergibt sich auch deren friedensstörende Eignung. Es wird die Absicht der Hersteller von 'radikal' deutlich, diese andauernden, schwerwiegenden Rechtsgutverletzungen als nahezu selbstverständliche Folge gesellschaftskritischer Einstellung zu schildern, ohne über die Opfer und den angerichteten Schaden zu reflektieren."*

Es geht um:

- 11 Brandanschläge auf Autos der Luxusklasse zur Vertreibung von Yuppies und Drogendealern aus Kiezen und Vierteln,
- Brandanschlag der 'Flammenden Herzen' auf ein Kreiswehrersatzamt,
- 2 Brandanschläge auf von Faschisten besuchte Jugendclubs,
- Sprengstoffanschlag des KOMITEE auf eine Bundeswehrkaserne,
- Brandanschlag auf ein Kreisbüro der CDU,
- Raub der Abo-Listen der neurechten 'Junge Freiheit',
- Anschlag auf eine Sateliten-Empfangsanlage im Widerstand gegen Pornos, Gewalt- und Machokultur auf SAT1 und RTL,
- Brandanschlag auf die 'Junge Freiheit'-Druckerei.

## 2.3. Öffentliche Aufforderung zu Straftaten in 3 Fällen (Par.111)

Laut Knieling wird in einem Artikel das Fälschen von Sozialversicherungsausweisen schmackhaft gemacht, und in zwei der oben genannten Erklärungen *zur Begehung weiterer entsprechender Straftaten* beziehungsweise zu *militanten Aktionen in Form von Sachbeschädigungen und Körperverletzung* aufgerufen.

## 2.4. Anleitung zu Straftaten in 2 Fällen (Par.130a)

Gemeint sind Anleitungen für das Abfackeln von Autos und zur Herstellung von Oberleitungshaken, die sich im Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben großer Beliebtheit erfreuen.

Für all diese Pressedelikte gelten Verjährungsfristen: spätestens 3 Jahre nach Erscheinen der Zeitung muß der Prozeß mit einem Urteil beendet sein, sonst verjähren alle Werbungen, Billigungen und Anleitungen in der betreffenden Ausgabe.

In Koblenz geht es um die radikal-Ausgaben 148-152. Die Nr.148 (deren angebliche Planung in dem Eifel-Haus belauscht wurde) erschien im November 1993, also verjährten im November 1996 alle in ihr enthaltenen Presseinhaltsdelikte. Die Nr.149 erschien im März und die Nr.150 im Juli 1994. Es ist nicht damit zu rechnen, daß bis Juli 1997 ein Urteil vorliegt, also können auch diese beiden Ausgaben gehakt werden.

Demnach bleiben in diesem Prozeß die Ausgaben 151 (Dezember 94) und 152 (April 1995). Im April 1998 wären auch sie verjährt und mit ihnen alle Presseinhaltsdelikte, also auch der 129a-Vorwurf. Da das Oberlandesgericht aber wegen des 129a zuständig ist, müßte der Prozeß abgebrochen und an das Landgericht Koblenz runtergegeben werden. Dann bliebe nämlich nur noch der 129er, und dafür ist eben das Landericht zuständig. Es müßte neu angeklagt und ein neuer Prozeß terminiert werden, denn für die Bildung krimineller Vereinigungen (129) ist keine Verjährung vorgesehen, auch wenn diese Vereinigungen gar nicht mehr existieren sollten.

In anderen Verfahren, wo den Betreffenden (wie z.T. in Düsseldorf) die Beteiligung an der radikal Nr.153 und 154 vorgeworfen wird, werden die Presseinhaltsdelikte erst im November 1998 bzw Juni 1999 verjähren.

## 3. Steuerhinterziehung in einer Höhe von 16.450 DM

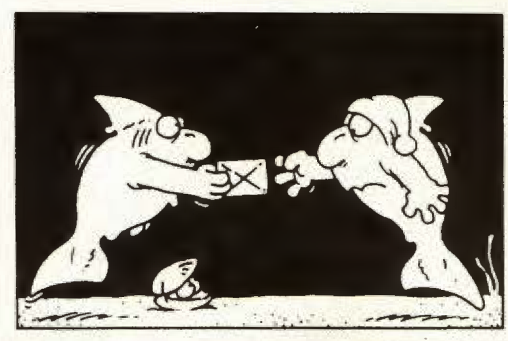
Deutsche Gründlichkeit vergißt nichts: *"Die kriminelle Vereinigung und ihre Mitglieder sind als Unternehmen bzw. Unternehmer anzusehen."* Als solche hätten sie den Gesamtumsatz von 235.000 DM für 8 radikal-Ausgaben mit einer Auflage von je 5000 Exemplaren nicht dem Finanzamt gemeldet und so Steuern hinterzogen.

Möglicherweise wird sich dieser Vorwurf auf die Frage zuspitzen, was von der Steuer übrigbliebe, wenn Porto- Fahrt- und andere abschreibungsfähige Kosten abgezogen werden. Darüber kann dann die 'Titanic' berichten...

# Worum geht es?
# Die *kriminelle Vereinigung* radikal

Die Presseinhaltsdelikte (129a, 140, 111 und 130a) sind ein wichtiger, aber nicht der einzige Weg zum Ziel. Ein anderer besteht darin, die radikal als *hochkonspirative Organisation* festzuklopfen. Ihre Geschichte und Struktur wird nachgezeichnet um zu belegen: das war von vornherein eine kriminelle Bande, die sich nur deshalb gegründet hat, um Straftaten zu begehen. In dieser Logik ist bereits die verdeckte Organisierung als Folge und Schutz vor der Repression ein Verbrechen.

Das Herzstück der Anklage ist der Vorwurf: radikal = kriminelle Vereinigung (Par.129). Wie bereits erwähnt, verjährt er nicht, und wird, falls er auch nur in einem Prozeß durchkommt, weitreichende Auswirkungen auf andere Verfahren, die Kommunikations- und Organsiationsmöglichkeiten der Linken haben.



Am Beispiel kurdischer Vereine, Verlage und Zeitungen läßt sich sehen, wie uferlos er zur Kriminalisierung einer ganzen Volksgruppe eingesetzt wird. Im Januar bestätigte das Bundesverwaltungsgericht (BVG) das Verbot des kurdischen Berxwedan-Verlages und der Nachrichtenagentur Kurd-Ha, weil sie von der PKK abhängige Organisationen wären. Die Anhängigkeit ergebe sich aus der Veröffentlichung von PKK-Erklärungen, was auf die *volle inhaltliche Übereinstimmung und gemeinsame Willensbildung* schließen lasse.

Hier wird mal locker behauptet, daß diejenigen, die die Worte einer kriminalisierten Organisation veröffentlichen, allein deshalb selbst Bestandteil dieser Organisation wären.

Die Dimension der pauschalen Kriminalisierung einer Volksgruppe (derzeit sitzen ca. 300 Kurden und Kurdinnen in deutschen Knästen) läßt sich nicht ohne weiteres auf die deutsche Linke übertragen. Hier geht es darum zu verdeutlichen, wie mit einem Paragraphen die alltägliche Verfolgung gesellschaftlich legitimiert wird, und welche Auswirkungen ein 129er-Urteil gegen die radikal für die Linke haben kann.

Es würde die eh schon mageren politischen Artikulations- und Diskussionsmöglichkeiten der Linken in der BRD deutlich verschlechtern, weil es auf alle linken Medien (Zeitungen, Radios, Videogruppen), Druckerinnen und Verbreitungsstrukturen (Buch-, Infoläden, Handverkäufer) angewendet werden kann. Ihre Inhalte könnten pauschal verfolgt werden, weil sie von *kriminellen Vereinigungen* verfasst, gedruckt und verteilt würden. Sie würden weitaus mehr in den Untergrund gedrängt als es schon heute der Fall ist, und die Aussicht, bestimmte Positionen nur noch im kleinen, vertrauten Zirkel vertreten zu können, ist auch heute keine allzu schwarz gemalte Vision.

In der Folge würde die Bedeutung linker Argumentation in gesellschaftlichen Diskursen noch mehr abnehmen, zumindest könnten alle als kriminell oder terroristisch interpretierbaren Worte der Selbstzensur - das heißt der Angst vor Repression - zum Opfer fallen. Die Linke würde noch mehr ins Abseits oder in den Untergrund gedrängt, wenn sie ihre Systemopposition im öffentlichen Rahmen nicht deutlich benennt oder ihre militanten und bewaffneten Arme und Beine in der eigenen Diskussion endgültig aufgibt.

Nicht nur der Maulkorb wird einer Zeitung stellvertretend für alle angelegt, sondern auch die Form der verdeckten Organisierung kriminalisiert.

*"Die radikal hat seit 1984 mit dem Prinzip von Auslandsadresse, unsichtbaren Verteil-Strukturen und anonymer Redaktion einen Freiraum geschaffen, von dem viele andere Zeitungen bis heute profitieren. Autonome Zeitungsgründungen in den 80er Jahren (z.B. Razz, Swing, Ausbruch, Agitare Bene, Interim...) machten dieses Prinzip in abgewandter Form zu ihrem."* (aus einem Veranstaltungsaufruf).

In Koblenz wird also auch über verdeckte Strukturen gerichtet, die nie ein Selbstzweck sondern notwendiges Mittel sind, linke Politik auch außerhalb staatlicher Kontrolle und Repression zu artikulieren und zu organisieren. Ohne dieses Mittel hängt der Teil linker Diskussion, der sich theoretisch wie praktisch mit revolutionärer Politik und der Abschaffung des Sytems auseinandersetzt, am staatlichen Tropf. Wann immer es der Repression beliebt, kann der Stecker gezogen und die Verbreitung unliebsamer Erklärungen und Diskussion verhindert werden. Die Alternative wäre, sich Schritt für Schritt den gesetzten Spielregeln anzupassen.

Unabhängig von Maulkörben, Kommunikationsmöglichkeiten und verdeckten Strukturen hat jeder Angriff auf ein Projekt der radikalen Linken Auswirkungen auf alle anderen:

*"Wenn die BAW mit ihrem jetzigen Angriff durchkommt ohne nennenswerten Widerstand zu ernten, bedeutet das, daß alle, die an einer linksradikalen Perspektive festhalten und dies auch in irgendeiner Form in die Tat umsetzen, in ihrem politischen Aktionsradius noch weiter eingeschränkt werden. Wie schon gesagt wurde gehen wir davon aus, daß die jetzige gesellschaftliche Situation von einem Kräfteverhältnis bestimmt ist, wo es dem Staat möglich ist, auf allen Ebenen linke Gegenkonzepte nicht nur zurückzudrängen, sondern für lange Zeit in die Totaldefensive zu drängen. In einer solchen Situation hat ein Frontalangriff des Staates auf ein wie auch immer beschaffenes Teilprojekt der radikalen Linken schwerwiegende Konsequenzen für alle anderen."* (aus einer Veranstaltungs-Broschüre)




Urteile werden zwar von einzelnen Richtern gefällt, aber in politischen Prozessen hängen sie von vielen Faktoren ab: von der Verteidigung, von der Abhängigkeit und Laune der Richterin, von juristischem Schnickschnack wie Verjährungsfristen und Lauschangriffen in diesem Fall.

Erfahrungsgemäß hängt der Ausgang politischer Prozesse auch vom öffentlichen Druck und dem Druck der Straße ab. Er kann zumindest bewirken, daß die An-

gelegenheit nicht nur auf ihrer - der juristischen - Ebene entschieden wird. Nach der Einstellung des 129-Verfahrens gegen die Antifa (M) stellte einer ihrer Sprecher fest: *"Ohne das große öffentliche Interesse und den damit verbundenen Druck auf die Generalstaatsanwaltschaft in Celle wäre das Verfahren nie eingestellt worden"*.

Erfahrungsgemäß wird dieser Druck weniger von bürgerlichen Medien erzeugt, die sich bis auf wenige Ausnahmen kaum für den Fall radikal interessieren, sondern von unten. Über Aktionen, Veranstaltungen, Demos und tausenderlei andere Aktivitäten in Stadt und Land, die dann - ab einer gewissen Qualität und Häufigkeit - auch von den Medien nicht übersehen werden können.

**Deshalb wird es mit von allen abhängen, die die Problematik sehen, sich solidarisieren und anhand ihrer Möglichkeiten dafür sorgen, daß den Bütteln diese Suppe ungenießbar wird.**




*Informations-AG der bundesweiten Soligruppen, Februar 97*

# Hafenkrankenhaus: Sozialer Protest und Heimattümelei?

Der berechtigte und notwendige Kampf um den Erhalt des Hafenkrankenhauses hat eine Schattenseite, die immer schwärzer wird. Aus dem Einsatz für den Erhalt des staatlichen Gesundheitswesens, für eine garantierte Gesundheitsversorgung gerade der nicht privatversicherten Bevölkerungsgruppen wird mehr und mehr die Inszenierung eines Lokalpatriotismus.

Gerade auf Sankt Pauli haben Linke seit langem ihr Herz für etwas entdeckt, was sie richtigerweise für Deutschland ablehnen: Als kleine Nation wird St. Pauli als vereinheitlichte Gemeinschaft konstruiert und herbeigeredet. Viele Linke verwechselten auch früher schon den Kampf gegen die BRD oder den Kapitalismus mit dem Inszenieren von kleinen Heimaten: Freiräume wie unser Schanzenviertel sind ja so frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Anders ist es nicht zu erklären, warum ein einzelner Nazi im Schanzenviertel (in den Florapark-Neubauten) als Bedrohung gesehen wurde und sein Wegziehen aus dem Stadtteil als Erfolg gefeiert wurde. Der Viertelpatriotismus geht so weit, daß viele sich ihren Kiez als Besitz einer deutschen autonomen Szene vorstellen. So richtig Aktionen gegen Umstrukturierung im Stadtteil sind, so falsch ist der Umkehrschluß, daß es sich um autonome Viertel handelt. Abgesehen davon, wie dabei schnell vergessen wird, daß 50% der BewohnerInnen St. Paulis keinen deutschen Paß haben, werden auch andere Widersprüche verdrängt. Am klarsten tat sich hierbei einmal mehr die HH 19 hervor, eine Zeitung wie eine schlechte Kopie der DKP-Stadtteilzeitungen der 80er Jahre. HH 19 finanziert sich durch Anzeigen mehr oder weniger alternativer Klitschen und KleinkapitalistInnen. In der Ausgabe 1/97 prangte nun auf fast allen Anzeigen das Signet "Hafenkrankenhaus muß bleiben". Doch damit nicht genug: Der Mann, der mit der Sex-Ausbeutung auf Sankt Pauli am meisten Profit gemacht hat, wird am Krankenbett abgebildet. Daneben heißt es: "Kiezkönig (so möchte er ungern genannt werden) Willi Bartels könnte sich jede Spezialklinik der Welt leisten, ließ sich aber lieber im Hafenkrankenhaus operieren..."

Die Initiative zum Erhalt des Hafenkrankenhauses wirbt nicht nur mit den Fußballern vom FC St. Pauli, auch die Propagandistin norddeutschen Volksbrauchtums Heidi Kabel erklärt: "Ich wäre bei der Besetzung des Hafenkrankenhauses dabei, wenn ich nicht auf Tournee wäre..." Was fehlt dann noch aus dem einschlägigen lokalpatriotischen Viertelbild? Richtig, auf einem Plakat der Initiative prangt Hans Albers mit dem Spruch: Mädels, haltet durch. Patriarchale Muster und bürgerliche Lokalidentitäten reichen sich die Hand. Daß viele Linke Sankt Pauli toll finden, liegt sicher auch am Erfolg der erkämpften Hafenstraßenhäuser. Warum aber deshalb einen Stadtteil, eine fiktive Gemeinschaft anhimmeln?

Der Protest gegen die Schließung des Stadtteilkrankenhauses wäre wenigstens reformistisch, wenn er sich gegen den Abbau von staatlichen Dienstleistungen, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung des Gesundheitswesens richten würde. Warum diese St-Pauli-Tümelei? Klar, in den Medien kommt das gut an: Unser St. Pauli steht wie ein Mann zusammen, wir Hamburger lassen uns nicht alles gefallen vom Senat. Wer Sankt Pauli abfeiert, ohne die sexuelle Ausbeutung zu kritisieren, für die Pauli/Reeperbahn ein Symbol ist, akzeptiert illegalisierte und entrechtete Sexarbeit als Teil der kleinen Heimat St. Pauli. Das Tragische ist, daß sich Linke dafür hergeben, Volkes Stimme zu spielen und die sozialen Argumente allzu bereitwillig einzutauschen gegen den Lokalpatriotismus: Linkspopulismus statt Klassenkampf verspricht mehr Zustimmung, Verankerung im Stadtteil. Aber um welchen Preis? Anstatt von den 28% Arbeitslosen im Stadtteil, dem Elend das krank macht, wird von der Tradition des ach so verwurzelten Krankenhauses im weltoffenen Stadtteil gefaselt. Das gipfelt dann darin, daß die Besetzung des Hafenkrankenhauses nur eine schlechte Karikatur ist. Nicht die Belegschaft erklärt den Betrieb für besetzt (sie hofft auf Weiterbeschäftigung in anderen Krankenhäusern), sondern die VertreterInnen des allgemeinen Stadtteilinteresses: An vorderster Stelle Frank Eyssen und Rolf Becker, zwei erfahrene Linke, die wissen, wie man sich in eine Stellvertreterpose wirft. Rolf Becker als soldarischer Gewerkschafter, Eyssen als ideeller Allzweckbetroffener mit seinem Büro für notwendige Einmischungen. Durch die Beteiligung von Leuten aus den Hafenstraße-Häusern schließt sich der Kreis: Hafen bleibt, Hafenkrankenhaus auch - guter Spruch. Aber waren das nicht auch welche aus der Hafenstraße, die 91 das "Viva St. Pauli-Festival" im Millerntorstadion des FC organisiert haben, wo alles und jeder auftrat, um den Stadtteil zu feiern? Von diesem Festival blieb vor allem das hängen, was auch vom Hafenkrankenhausprotest in dieser Form hängen bleiben wird: Sankt Pauli ist ein toller Stadtteil, unsere kleine Heimat, wo alle zusammengehören. Hafenstraße bleibt, Reeperbahn auch.

**gruppe demontage**

# Schützt die Polizei!

Im Sternschanzenpark, auf dem Sternschanzenbahnhof und in der Umgebung dieser Orte patroullieren ständig mindestens zwei, meistens um die sechs und mitunter noch weit mehr uniformierte Polizisten. Nach eigener Aussage haben sie - mehr oder weniger gut bezahlt (das kommt auf den Standpunkt an!) - die Aufgabe übernommen, "das Viertel von Unrat zu befreien" (Polizeihauptmeister Gerber). Sie sind dort zum Schutz der weißen, besserverdienenden Bürgerinnen und Bürger vor Schwarzen, Bettlern, Dealern und anderem Ärgernis. Im Gegensatz zu ihren "zivil" gekleideten Kollegen - deren Zahl zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ebenfalls nicht gering zu schätzen ist - sind die Uniformierten deutlich zu erkennen. Noch bevor sie sich selbst im Blickfeld befinden, kündigt sich ihr Nahen oftmals durch Gruppen gehetzt laufender Menschen an. Leicht an ihren Uniformen zu erkennen; geben die - in der Regel in Zweiergruppen patroullierenden deutschen Schutzmannen und - frauen selbst eine perfekte Zielscheibe ab.

Wir sind besorgt!

Deshalb treffen wir uns mit einer möglichst großen Gruppe von Menschen, um den unerschrockenen Schutzleuten jedenfalls unregelmäßig Begleitschutz zu geben. Damit sie den Mut nicht sinken lassen, singen wir ihnen und allen Interessierten dabei immer wieder folgendes Lied vor:

*Wir ham den Tierschutzverein, wir ham den Kinderschutz,*
*wir ham den Rentenschutzverein und der ist gar nichts nutz.*
*Wir haben außerdem den Mutterfreudenschutzverband*
*und einen Schutzverband für's teure Vaterland.*
*Wir ham den Denkmalschutz, wir haben auch den Jugendschutz*
*und einen Schutzverband, der schützen soll vor Schutz und Schmutz.*
*Doch es gibt jemand, den man überhaupt nicht schützt -*
*ich möcht' hoffen, daß man mich da unterstützt! -*
*Schütze mir die Polizei vor Verdruß und Schererei!*
*Wenn ein Räuber überrascht wird und das Weglaufen vergißt,*
*ja, wer schützt den Polizist, ja wer schützt den Polizist?*
*Oder, sagen wir, ein Student geht spazieren vorm Parlament...*
*ja, was denkt der sich dabei? Schütze mir die Polizei!*

*Denn für Studenten haben wir ja sowieso nie Platz,*
*die solln doch erst was lernen, vorher sind sie für die Katz!*
*Und wenn sie Protestieren, wer beschützt die Polizei?*
*Ja, was ist schon ein Revolver oder'n Knüppel oder zwei?*
*Statt der Funkstreifenwagen Panzer!*
*Wer drin sitzt kann zwar nichts sehn, doch es kann ihm nichts geschehn.*
*Außerdem an jeder Ecke zwei Kanonen für die Leut',*
*Sie werden sehn, wie sich ihr Schutzmann drüber freut!*

*Drauf und dran, gehn wir's an, schützen jeden Mann:*
*Schütze mir die Polizei! Sie wär längst schon an der Reih!*
*Manchmal kann man sie bestechen und ich weiß ja, daß sie's trifft,*
*doch wer schützt den Polizist, ja wer schützt den Polizist?*
*Und wer schützt ihn vor dem Schmerz, wenn er pfeift und keiner hört's?*
*Oh, wir schützen jedes Tier, schützen Steuerhinterzieher,*
*schützen Volksdemokratien, schützen Schützenkompanien,*
*jeden Tag sind wir beim Schützen frisch dabei,*
*schützet auch die Polizei!*

Wir verstehen unsere Aktion als selbstlos. Deshalb scheint es uns ratsam, nicht gerade in unserer Alltagskleidung zu erscheinen, um den FunktionärInnen deutscher Sicherheit und Ordnung keine Gelegenheit zu Dankesbezeugungen an andere zu geben.

Einige PolizistInnen reagieren so gerührt, daß sie vor Ort das persönliche Gespräch suchen. Dies erscheint uns als verständlich. Dennoch sehen wir unbedingt von einer Unterhaltung ab, da eine solche sie von ihrer eigentlichen, dienstlichen Aufgabe abhalten könnte.

Wir hoffen auf eure zahlreiche und sangesfreudige Unterstützung!

Die nächste Polizeischutzaktion wird in Bälde an dieser Stelle angekündigt.

# Schanzenleben - Sondernummer

**Irgendwo zwischen Wasserturm, Umstrukturierung und Ausgrenzung**

Wir, einige Leute ums Schanzenviertel, wollen Ende März eine Sondernummer der „Schanzenleben" rausbringen. Wie sich die meisten vielleicht noch erinnern, gab's die „Schanzenleben" als Stadtteilzeitung 1981 - 93. Aus verschiedenen Gründen wurde sie dann eingestellt. Wir überlegen schon seit einiger Zeit, eine Broschüre zum Thema Wasserturm zu veröffentlichen. Dabei haben wir uns an die Tradition der „Schanzenleben" erinnert und verstehen uns daher aus passendem Anlaß als Schanzenleben-Sondernummer. Unkraut vergeht halt doch nicht...

Unser Ausgangspunkt

Nach der Zustimmung des Bezirks zu Storr's Bauantrag schien, glaubt mensch dem Bezirk, der Konflikt um den Wasserturm erstmal gelaufen. Dem ist nicht so! Der Widerstand gegen ein Luxushotel im Wasserturm entwickelt sich erst. Wir haben von einigen Leuten mitbekommen, daß sie wachsendes Interesse an den Auseinandersetzungen um den Wasserturm haben, bzw. das Interesse an Information zunimmt. Wir wollen versuchen, mit unserer Sondernummer einen gewissen Stand der Diskussion darzustellen. Darüber hinaus wollen wir allerdings auch Verknüpfungen mit anderen Themen aufzeigen. Gerade im Zusammenhang mit anderen Veränderungen hier wie Sozialabbau, Hafenkrankenhaus, Platzverweisen und Bettelverboten hat der Umbau des Wasserturms seine Brisanz. Die Umstrukturierung des Turms wollen wir nicht isoliert, sondern im zusammengreifenden gesellschaftlichen Prozeß darstellen. Wir wollen versuchen mit unserer Sondernummer einen Ansatzpunkt für einen größeren Widerstand gegen das Luxushotel zu schaffen. Wir wünschen uns, daß sich viele Leute überlegen, wie sie sich an diesem Widerstand beteiligen können.

Inhaltliche Fragen für unsere Sondernummer

Wir haben ganz grob folgende Artikel geplant:

Geschichte des Wasserturms / Pläne von Storr / Drogen und Park / Situation schwarzer Dealer / Perspektiven für eine andere Drogenpolitik / Umstrukturierung, Globalisierung, Vertreibung / Umstrukturierung als Aufstandsbekämpfung / Aus den Augen aus dem Sinn: Bettelverbote / Hafenkrankenhaus / Zeise II *(heißt das nicht „4001-Kino" auf dem Laue-Gelände und läßt Investorenpläne höher schlagen?!* d.Setzer) / Hafenrand / Perspektiven im Kampf gegen Umstrukturierung

Alle, die etwas dazu schreiben wollen, können bis zum 20.3.97 Texte an unsere Kontaktadresse schicken. Falls ihr etwas längeres schreiben wollt, dann setzt euch bitte frühzeitig mit uns in Verbindung. Wir freuen uns jedenfalls über Zuschriften.

Artikel, BekennerInnenschreiben und ähnliches an:
Schanzenleben - Sondernummer
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
20357 Hamburg

Redaktonsschluß: 20.3.97!!

Wir hoffen auf rege Beteiligung...

die Redaktion *(nee, nicht wir. die vom schanzenleben. die zeck)*

# L'europe des luttes, c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

FernfahrerInnenstreik in Spanien
Einige Bemerkungen:
Der Streik fing am 6.2.96 an. Im Laufe der letzten 2 Wochen, dieser Text gibt den Stand vom 19.2 wieder, haben FernfahrerInnen Blockaden an Autobahnen, vor Fabriken und Häfen hauptsächlich in Norden Spaniens und im Euskadi errichtet. Dies hat zur Lahmlegung der Produktion hauptsächlich in Autofabriken, zu Versorgungsproblemen in Supermärkten und zu gewaltigen Staus geführt. Auch in Deutschland sind mehrere Werke von VW und Opel dabei, die Produktion zu stoppen und Kurzarbeitergeld zu beantragen, weil fehlende Teile aus Spanien für die Endfertigung benötigt werden. Die Produktionsausfälle werden durch flexible Arbeitszeitregelungen auf die Rücken der Beschäftigten abgewälzt, die zu Mehrarbeit ohne Zuschläge verpflichtet sind, wenn die Produktion wieder in Gang gekommen ist. Ein Mensch wurde schon an einer Sperre überrollt und getötet, als er versuchte einen französischen LKW anzuhalten. Es ist zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Streikposten gekommen, und zahlreiche Menschen wurden festgenommen. Die Polizei in Euskadi (Ertzaintzas) ging besonders brutal vor. Auch in anderen Teilen Spaniens wurden Streikposten geräumt und LKW-Konvois von der Guardia Civil eskortiert. Der spanische Premier Aznar versucht neben zähen Verhandlungen die Streikbewegung zu spalten, indem er die von ihm als radikal bezeichneten Streikenden zum Umfeld der ETA rechnet.
Die von der Gewerkschaft Fedatrans gestellten Forderungen sind: Pflichtverrentung mit 60 zu 100% des Lohnes und freiwillige Verrentung mit 55, mit Inkaufnahme von Abstrichen; Anerkennung von Berufskrankheiten; Kraftstoff-Rabatt für alle FernfahrerInnen; Verschärfungen des Zulassungsverfahrens für neue Transportunternehmen. Die Gewerkschaft Fedatrans hat den Streik ausgerufen. Sie ist eine Gewerkschaft, die die Interessen selbstständiger FernfahrerInnen vertritt. 86% der Transportunternehmen in Spanien repräsentieren Firmen mit einem LKW. Fedatrans gehört weiter zum CNTC, dem nationalen Komitee für Ferntransport (Dachverband der Gewerkschaften im Transportbereich) aber hat dort kein Stimmrecht. Sie fordert direkte Verhandlungen mit der Regierung ohne den Umweg über den Dachverband, dessen Vorschläge zur Einigung in diesem Streik deutlich von ihren abweichen. Zum Beispiel würden selbstständige FernfahrerInnen diesen Kraftstoffrabatt nicht bekommen. Fedatrans hat einen Rabatt von 14 Pesetas pro Liter gefordert, während die anderen sich mit dem Angebot der Regierung von 5 bis 10 Pesetas begnügen. (1 Liter Diesel kostet c. 94 Ptas. 100 Ptas = 1,11 DM).
Am 18.11.96 fing ein FernfahrerInnenstreik in Frankreich an. Nach 12 Tagen lenkte die Regierung ein und erfüllte alle Forderungen der Streikenden. Verrentung mit 55 nach 25 Jahren Arbeit. Reduktion der Karenztagen von 10 auf 5. Neudefinition von Übernachtungskosten, Sonntagsfahrverbot für ausländische LKW, Neuregelung der Arbeitszeiten, eine Einmalzahlung von 3000 F. Der Streik begann mit einem von den Gewerkschaften angesetzten Aktionstag, aber ist hauptsächlich ohne gewerkschaftliche Lenkung weitergeführt worden. Es ist hier anzumerken, daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Streik nur 7% betrug. Generell beträgt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich weniger als 10%. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß der unmittelbare Lohnausfall eines Streiks nicht durch gewerkschaftliche Streikkassen ausgeglichen wird. Dies führt dazu, daß die Streikbewegung weniger abhängig vom Gewerkschaftsapparat ist als in der BRD. Ausfälle werden normalerweise durch Verhandlungen nach dem Ende des Streiks für alle, und nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder, ausgeglichen. Ein Streik muß deshalb möglichst erfolgreich enden. (s. Arbeiterpolitik Nr.1, Jan 96).
Ab 1.7.98 fallen in den EG-Staaten die Beschränkungen für ausländische Transportunternehmen am innerstaatlichen Verkehr jedes Mitgliedslandes weg. Die spanischen FernfahrerInnen sind die mit am schlechtesten Bezahlten in Europa. Die französischen betonen ihre Ängste von ihnen 1998 unterboten zu werden. Dagegen sind die fixen Kosten im französischen Transportbereich erheblich geringer als in vielen anderen Staaten. Die Freigabe des innerstaatlichen Fernverkehrs wird zu einem Konkurrenzkampf führen, der das unterste Niveau zum Standard machen könnte. Der spanische Streik kann als Versuch gesehen werden, der drohenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Widerstand durch innerstaatliche Absicherung entgegenzusetzen.

Auch jetzt ist es z.B. in der BRD möglich, daß ausländische Unternehmen in Konkurrenz zum inländischen Markt agieren. Dies kann jedoch nur unter Beschränkungen des Güterkraftverkehrsgesetzes geschehen, die im Zuge der EG-Entwicklungen aufgeweicht werden. Als Effekt soll es ermöglicht werden, daß ausländische SubunternehmerInnen als BilliganbieterInnen von der BRD-Industrie benutzt werden können. Es ist im Interesse des Europa-Kapitals, mit am stärksten durch das BRD-Kapital vertreten, die Lohnkosten im Transportbereich soweit wie möglich zu senken. Darüber hinaus sind die Speditionen bestrebt, Risiko und Kosten auf die FernfahrerInnen abzuwälzen, indem sie Betriebsangehörige in die Scheinselbständigkeit zwingen. Dies ist jetzt schon Praxis in der BRD und bedeutet, daß diese ArbeiterInnen Miete und Wertverlust des LKWs bezahlen müssen, und dafür mit einem Stundenlohn von 25 DM abgegolten werden.

Italienische AnarchistInnen.
Die Vorverhandlungen zu den Ermittlungen gegen 68 AnarchistInnen sollten am 16.1.97 anfangen (s. Feb. Zeck). Diese wurden aber zum zweiten Mal verschoben, diesmal auf den 19., 20., 22. und 24. März. Begründet wurde das damit, den Richtern die Möglichkeit zu geben, Michele Pontolillo und Giovanni Barcia zu verhören, 2 AnarchistInnen, die von den Ermittlungen betroffen sind, und die am 18.12.96 in Cordoba (Spanien) bei einem Banküberfall festgenommen wurden. In dem Schußwechsel sind 2 Polizisten ums Leben gekommen. Für weitere Infos zu den Verfahren gegen AnarchistInnen in Italien: 'der Ausbruch' Nr.2 zu beziehen für 2DM +Porto bei Soligruppe Italien, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 81677 München. Ein theoretischer Text 'vom Krawall zum Aufstand' von Alfredo Bonanno, der als Chef der fiktiven bewaffneten Bande ORAI gelten soll, ist für 3DM bei L'europe des luttes zu beziehen.

AsylbewerberInnen im Hungerstreik.
Mehr als 30 AsylbewerberInnen, die im Gefängnis von Rochester in England untergebracht sind, sind seit dem 6.1.97 im Hungerstreik. Sie protestieren u.a. gegen ihre Unterbringung in einem Gefängnis. Einige von ihnen sind in einem sehr kritischen physischen Zustand. Leider liegen uns sehr wenige Informationen vor, für mehr Infos solltet Ihr Euch an die folgende Adresse wenden: ARCH c/o SQUASH, 2 St. Pauls Rd., London N1 2QN.

**Schwarzmarkt: Auch weiterhin keine Sonntagsbrötchen!**
Aber neue Öffnungszeiten ab dem 10.3., nämlich
Montag, Mittwoch und Freitag 14 bis 19.30 Uhr *(suuper!)*
FrauenLesbentag Donnerstag 16 bis 19 Uhr
Samstag wie gehabt 12 bis 15 Uhr

# cultureel agenda maarts

## *rode flora*

**fr, 7.3.** konsert met een verrassingsgroup in de volkskeuken, vf 21 uur.
**za, 8.3.** shantytown soundsysteem, vf 22 uur.
**zon, 9.3.** klub van de cultureel veronzekerten. de exclusieve in-klub voor de postmoderne hedonisten. detroit en minimal, vf 22 uur.
**di, 11.3.** konsert met de twee hardcore groupen framenti en d.d.i. vanuit italie, leoncavallo, vf 21 uur.
**fr, 14.3.** volkskeuken-konsert in de traditie van de meßpunkt serie, vf 21 uur.
**za, 15.3.** 5 jaaren crucial vibes soundsysteem geboortedags-reggaepartij, vf 22 uur.
**woe, 19.3.** bijeenkomst over de cultureel praktieken en de relatie van de sexen in de rode flora, vf 19 uur.
**do, 20.3.** high gain yard. een nieuwe dubclub in de leoncavallo ruim, elk deerde donderdag, vf 21 uur.
**za, 22.3.** lionhearts. gepresenteert van de sound navigator posse, vf 22 uur.
**ma, 24.3.** volmondorkestra, vf 21 uur.
**za, 29.3.** link. detroit, chicago en elektro frequentiemodulaties zorgen voor een smaakelijke danserij, vf 22 uur.

**Staats-Prämie für Hausbesetzer**

Von CHRISTIAN KERSTING

Staats-Knete für Hausbesetzer und Autonome. Ein Stück aus dem Tollhaus, was Kultursenatorin Dr. Christina Weiss sich da leistet. 20 000 Mark für die „Rote Flora". Die Senatorin hält die seit Jahren besetzte Theaterruine im Schanzenviertel für einen „profilierten Hamburger Musikclub". So blauäugig kann Frau Dr. Weiss eigentlich nicht sein. Als Senatorin muß sie wissen, daß die „Rote Flora" schon immer ein Treffpunkt radikaler Autonomer war, die unsere Republik als Bullen-Staat bekämpfen.

bild, 4.12.96

**regelmatige termijnen in de flora:**
**ab märz trifft sich die veranstaltungsgruppe montags ab 18 Uhr!**

*mandag:* 17-21 uur cafe, **18 uur cultuurgroep**, 18-20 uur bromfietsselfhelp, 19:30 uur vegane volkskeuken. *dinsdag:* 16-22 uur dubcafe. *woensdag:* 16:30-? uur cafe met taart. *donderdag:* 17-21 uur cafe, 17-19 uur fietsselfhelp, 19:30 vegan of vegetarisch eten. *zaterdag:* 11-15 uur ontbijt, 16-19 uur fietsselfhelp. *zondag:* elk 1. en 3. in de maand vf 10 uur vrouwenontbijt.
archief van de socialen bewegeningen en foto archief: do 16-19 uur (ludwigstraße 13, 2. verdieping)

## *stortebekeren*

**za, 1.3.** bka-benefiet met blendwerk, superpunk, hotzenplotz en potatoe fritz. deeze vier punkgroupen speelen voor en flikkerwonprojekt in altona 21 uur.
**fr, 14.3.** 11 toes (hannover), burning heads (frankrijk). melodieuse hc-avond, 21 uur.
**fr, 28.3.** said and done (hh), scatha (scot) counterblast (swe), hardcorepunk rules galore, 21 uur.
**za, 29.3.** hammerfall, haf (en gasten) duitspunk uit berlijn, 21 uur



...and when the system starts to crack - we have to be ready to get it all back.